

Frau Vorsteherin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wer kann bestreiten, dass die Autobahn A 661 die Ursache für die heutige Lärmbelastung und Trennung der Nachbarstadtteile Bornheim und Seckbach darstellt? Viele erinnern sich noch an die früher durchgehende Verbindung vom Günthersburgpark in Bornheim zum Huthpark in Seckbach. Die Fertigstellung der Autobahn in den 1990er-Jahren hat diese Verhältnisse grundlegend verändert. Heute ergreifen wir die historische und einmalige Chance zur Stadtreparatur! Wie es in der Überschrift zum vorliegenden Antrag der Koalition richtig zum Ausdruck kommt, formuliert der Antrag eine Jahrhundertchance für Stadtentwicklung, Stadtgrün und Stadtklima.

Der vom Land Hessen mit Hochdruck betriebene Ausbau der Autobahn A 661 verlangt mindestens den Neubau von circa zehn Meter hohen Lärmschutzwänden - wir haben es gerade gehört. Diese Situation greifen wir auf und bauen stattdessen gemeinsam mit dem Land Hessen eine Einhausung in der Variante L 2 mit einer Länge von 1,2 Kilometern. Von der Friedberger bis zur Seckbacher Landstraße wird die Autobahn unter einem Deckel verschwinden. Diese Einhausung schafft wieder eine breite, durchgehende Grünverbindung zwischen Günthersburgpark und Huthpark, die zugleich Bornheim und Seckbach wieder zu Nachbarn, zu echten Nachbarn macht!

In Anbetracht dessen möchte keiner mehr die formal mögliche Alternative in Form von zehn Meter hohen Lärmschutzwänden. Außerdem schaffen wir erhebliche Entwicklungspotenziale auf Flächen, die bislang für die Stadtentwicklung und die Stadtplanung totes Land waren! Neben Grünflächen generieren wir dort auch erheblichen Raum für weiteren Wohnungsbau. Die Einhausung der A 661 verändert die städtebauliche Situation grundlegend. Bereits ehemals für den Wohnungsbau gut geeignete Flächen können wieder genutzt werden. Schätzungen gehen von rund 3.000 Wohnungen aus, die auf bestehenden Flächen gebaut werden können. Das war uns als CDU ebenfalls sehr wichtig.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Die Flächen über der Autobahn bleiben erhalten, bleiben unbebaut und können für Grünflächen, Parks, aber auch Sportanlagen genutzt werden. Das Gleiche gilt für den neuen Park zwischen Günthersburgpark und Huthpark, welchen Namen er auch immer einmal tragen mag. In der Tat wäre es städtebaulich unsinnig, für den Wohnwert und die Lebensqualität abträglich und für das Klima in der Stadt schädlich, wenn man auch diese neuen Flächen zu erheblichen Teilen zubauen würde. Die neuen Flächen für den Wohnungsbau ergeben sich aus schon für den Wohnungsbau zugeordneten Flächen, die bislang vor allem wegen des Lärms nicht realisiert werden konnten. Auch bei der Arrondierung bestehender Baugebiete können noch weitere, neue Wohnungen entstehen.

Heute unternehmen wir hier einen großen Schritt in Richtung neue Grünflächen, Lärmschutz für viele schon bestehende Wohngebiete sowie die Reaktivierung bestehender Verbindungen zwischen Seckbach und Bornheim!

Um einer falschen Legendenbildung vielleicht an dieser Stelle schon einmal deutlich vorzubeugen: Aus den Reihen der CDU ist bereits vor drei Jahren – im August 2016 – eine Vorstellung entwickelt worden, wie dieses sogenannte Ernst-May-Viertel einmal aussehen soll und welche Anforderungen wir dort sehen, und dazu gehörte auch die Einhausung A 661. Wir haben damals schon die Frage gestellt, ob eine mögliche Lücke zwischen einer zukünftigen Einhausung, die damals noch vor allem mit 400 Metern Länge diskutiert wurde, ob eine solche Lücke zwischen der Einhausung und der bestehenden Lärmschutzgalerie am

Rand von Seckbach überhaupt sinnvoll sein kann und nicht hinterfragt werden muss! Wir sind sehr froh, dass es jetzt eine breite Mehrheit hier im Haus gibt, die sich für die L 2 als Lösung entschieden hat.

(Beifall)

Dementsprechend und folgerichtig haben im letzten Jahr SPD, GRÜNE und CDU jeweils ihre Unterstützung für diese Variante öffentlich erklärt.

Den Beschluss heute fassen wir, weil der Magistrat für seine Verhandlungen mit dem Land einen klaren politischen Auftrag braucht, eine Aussage von uns - und die ist deutlich -, dass wir die Einhausung wollen. Dieser Auftrag ist für den Magistrat aber auch mit nicht unerheblichen und durchaus anspruchsvollen Hausaufgaben verbunden: Er muss für unsere Stadt erfolgreich Verhandlungen mit Bund und Land über deren Kostenbeteiligung für die weiterführenden Planungen, für den Bau und den Unterhalt dieser Einhausung führen. Die Verwaltung von Stadtrat Josef und er selbst übernehmen damit die Verantwortung dafür, dass das Projekt „Einhausung“ für Frankfurt bezahlbar wird. Ich freue mich über das Engagement des Oberbürgermeisters: Auch er ist herzlich eingeladen, seinen Beitrag bei diesen Verhandlungen mit den anderen Ebenen in unserem Land zu leisten und dazu beizutragen, dass möglichst große finanzielle Beteiligungen von Bund und Land zugunsten dieses einmaligen und weiterführenden Projektes zugesagt werden!

(Beifall)

Wir sind als gewählte Stadtverordnete nämlich auch angehalten, neben den vielen gestaltenden Aufgaben, die wir immer wahrnehmen, mit dem Geld der Steuerzahler verantwortlich umzugehen. Das vergessen wir als CDU nie. Zudem ist mit der Aufnahme von Krediten, die nun einmal zur kommunalen Finanzwirtschaft gehören, immer auch zu prüfen, welche Lasten wir dabei den künftigen Generationen auferlegen. Deswegen haben wir es uns als CDU nicht einfach gemacht und zunächst einmal sorgfältig geprüft, welche Kosten überhaupt mit diesem großen Projekt und den verschiedenen Vorschlägen verbunden sind. Dass sich zwischenzeitlich die Chancen für Kostenbeteiligungen vom Land Hessen und dem Bund ergeben haben, ist ein wichtiger Bestandteil unserer Entscheidung und hat die Sache vorangebracht.

Und falls jemand glaubt, die ach so reiche Stadt Frankfurt sei bei ihren Finanzen vor ernsthaften Problemen dauerhaft geschützt, so möchte ich ihn daran erinnern, dass es noch gar nicht so lange her ist, nämlich die frühen Neunzigerjahre, dass es hier in Frankfurt in der Kasse auch einmal deutlich leerer aussah! Damals ging ich noch zur Schule und ich durfte selbst feststellen, in den Zeiten bei der Jugendfeuerwehr, dass wir eine Zeit lang im Gerätehaus herumsitzen mussten, weil zwischenzeitlich kein Geld mehr für das Benzin der Feuerwehrfahrzeuge da war, und das habe ich nicht vergessen! Das war für einen Schüler durchaus eine fragwürdige Situation. Damals war der Haushalt, um es vorsichtig auszudrücken, relativ an die Wand gefahren worden. Und damals lag die Finanzverantwortung bei SPD und GRÜNEN, mit ihren großen Helden Thomas Koenigs und Martin Wentz!

Wie geht es nun weiter? Der Magistrat wird eine Entwurfsplanung und daraus die Kosten- und Finanzierungsübersicht erstellen. Ich erinnere daran, dass bislang nur wenig exakte Abschätzungen vorliegen und wir diese Kosten noch stärker belastbar prüfen und

vorhersehen müssen. Dann können Pläne über die zeitliche Abfolge der Bautätigkeiten und auch über den Finanzbedarf in den dann folgenden Jahren erstellt werden.

Der Planungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung hat im November 2018 die im Bau befindlichen und schon fertiggestellten Einhausungen in Hamburg besichtigt, und dort haben wir eine Reihe Anregungen mitnehmen können, auch zur Kostenreduktion durch Optimierungen beim Bauwerk sowie durch Beteiligung des Bundes an den Kosten. Die Stadt Hamburg hat da durchaus sehr geschickt verhandelt und für uns auch eine gewisse Messlatte gesetzt. Daher stellen die im Antrag ausdrücklich genannten Kosten- und Finanzierungsübersichten für uns die Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit dem Land Hessen und dem Bund dar, bei denen es auch um den Bau und die Unterhaltung der Einhausung geht, wenn sie dann errichtet wird. Darüber hinaus wird es die Aufgabe insbesondere des Magistrats bleiben, nach weiteren Kostenreduzierungen zu suchen und auch Finanzquellen zu finden.

Wenn die Ergebnisse vorliegen, wird der Magistrat mit dem Land Hessen und dem Bund über deren Beteiligung sprechen und am Ende wird es einen gemeinsamen Kosten- und Finanzierungsplan geben. Dieser Plan wird dann die wesentliche Grundlage für unseren finalen Beschluss zur Realisierung der Einhausung sein. So heißt es auch in dem Antrag ausdrücklich: „Eine Entscheidung über den Bau der Einhausung muss die Stadtverordnetenversammlung anhand eines verlässlichen Kosten- und Finanzierungsplans und unter Berücksichtigung der städtischen Finanzlage treffen.“

Damit ist der gemeinsame Antrag von CDU, SPD und Grünen zur Einhausung heute ebenso zukunftsweisend wie seriös. Und darauf legen wir Wert.

Vielen Dank!

(Beifall)